



Handels- und Industrieverein des Kantons Schwyz



Mächler AG, Sandstrahl-, Metallspritz- und Einbrennlackierwerk

AUSLESE

Adressen H+I Kanton Schwyz

H+I-Präsident:

Ruedi Reichmuth
lic. iur. HSG, Rechtsanwalt
Convisa AG, Unternehmens-,
Steuer- & Rechtsberatung
6431 Schwyz
Tel. 041 819 60 60
Fax 041 819 60 69
praesident@h-i-sz.ch
ruedi.reichmuth@convisa.ch

H+I-Geschäftsführer:

Roman Weber
lic. iur. Rechtsanwalt
Anwaltskanzlei Weber
Gersauerstrasse 7
Postfach 618
CH-6440 Brunnen
Tel. 041 820 34 44
Fax. 041 820 34 55
info@h-i-sz.ch

Kasse:

Schwyzner Kantonbank
Tel. 041 819 41 11
Fax 041 819 41 27

Für die H+I-AUSLESE nehmen in den einzelnen Regionen gerne Meldungen entgegen:

Schwyz–Brunnen–Steinen–
Küssnacht–Gersau–Arth–Goldau:
Roman Weber
Tel. 041 820 34 44
info@h-i-sz.ch

March, Höfe, Einsiedeln:
Georges Kaufmann
Tel. 055 410 11 69
georg.kaufmann@winterthur.ch

Gesamtverantwortung

für die H+I-Auslese
(Herausgabe und Redaktion):
Sekretariat H+I
Redaktion Teil «SZ»:
Franz Steinegger, Schwyz
Tel. 041 819 08 76
Abschlussredaktion:
RA Dr. iur. Reto Wehrli, Schwyz
Tel. 041 811 80 80
Satz, Druck, Spedition:
Bruhin AG, druck | media,
Freienbach
Tel. 055 415 34 34
www.bruhin-druck.ch

Sekretariat Wirtschafts- wochen:

Georg Stäheli
Treuhandbüro
Kirchstrasse 42
Postfach
8807 Freienbach
Tel. 055 415 78 00
Fax 055 415 78 01
g.staeheli@staeheli-treuhand.ch

Inhaltsverzeichnis

SZ	
Wirtschaftsmeldungen	5–8
Aktuell	
Wirtschaftsforum zum Thema «Clean Tech».....	9
Von Rio zu Rio+20.....	10–11
Themen	
Ausweg aus blockierter Finanzierung der Verkehrsinfrastruktur	13
Bildungsfeindliche Schweiz?	14
Kartellverbot: Auswüchse im Kampf gegen Frankenstärke	15
Sponsorseite	16
Index	17
Kommentar zum Zeitgeschehen	
Sozialversicherungen: Kein Buch mit 7 Siegeln	18–19

Erbschaftssteuerinitiative – eine bedrohliche Initiative



Ruedi Reichmuth, H+I-Präsident

Die linke Erbschaftssteuer-Initiative wurde unlängst lanciert. Zur Zeit läuft die Unterschriftensammlung. Die Volksabstimmung ist voraussichtlich im Jahr 2014 und bei einem Volks-Ja dürfte die neue Steuer im Jahr 2016 in Kraft treten. Erbfälle ab Inkrafttreten (Todesfall ab 1.1.2016) würden dann mit einer Steuer von 20% auf dem Nachlassvermögen belastet. Hinterlistig ist, dass Schenkungen, die ab dem 1. Januar 2012 vorgenommen werden, dem Nachlasswert zugerechnet werden. Damit würden auch diese Schenkungen rückwirkend mit 20% Erbschaftssteuer belastet. Damit sind allfällige erforderliche Handlungen vor dem 31. 12. 2011 vorzunehmen, damit die Hinzurechnung grundsätzlich ausgeschlossen wird. Der jeweilige Ehegatte als Erbe ist im Übrigen von der Erbschaftssteuer nicht betroffen, doch bei dessen Versterben fällt auch auf diesem Teil die 20%-Belastung (nach Abzug des Freibetrages) an.

Als steuerfreier Freibetrag gelten CHF 2 Mio. Dies zeigt deutlich, dass einmal mehr eine Neid-Initiative gestartet wird. Der Fokus ist auf vermeintlich reiche Bürger gerichtet. Ausgeblendet wird bei der Argumentation aber, dass durch steuerliche Neuschätzungen von Wohneigentum oder gewerblichen Liegenschaften viele einfache Bürger nur auf dem Papier zu Steuermillionären wurden. Die Wertentwicklung der Immobilien dürfte auch in Zukunft positiv sein. Eine

Erbschaftssteuer kann bewirken, dass die Liegenschaftstragbarkeit gefährdet ist und die Liegenschaft verkauft werden muss. Der Freibetrag von CHF 2 Mio. ist fix – allein die Inflation der nächsten zehn bis zwanzig Jahre wird die Belastung auf immer mehr Bürger ausdehnen. Bei bestimmten Fällen kann die Belastung sogar konfiskatorisch werden (z.B. Tod des vermöglichen 90-jährigen Vaters – 75-jährige Tochter erbt – zahlt 20% und ver stirbt ein halbes Jahr später selbst und vererbt an ihre Kinder – wiederum 20% und sollte dann dieser Erbe ebenfalls rasch versterben, würden sich innert Kürze 60% des Erbes [nach Abzug der jeweiligen Freibeträge] des 90-Jährigen Erblassers beim Staat ansammeln!)

Gemäss Initiativtext sollen beim Vererben eines Unternehmens oder eines Landwirtschaftsbetriebs bei der Bewertung und beim Steuersatz «erhebliche Erleichterungen» gewährt werden, damit der Bestand und die Arbeitsplätze nicht gefährdet würden. Mit diesem «Trick» wird versucht, das Argument zu bodigen, dass die Initiative den Fortbestand der KMU im Erbfall gefährde. Es ist damit aber im Gegenteil gesagt, dass eine Besteuerung nach wie vor vorgesehen ist (Erleichterung und nicht Befreiung) und zudem wird mit der Arbeitsplatzhaltungspflicht ein wesentlicher Teil der unternehmerisch erforderlichen Freiheit ausgehebelt. Da davon auszugehen ist, dass 95% der

Unternehmensnachfolgen im Rahmen einer Schenkung/Erbschaft zwischen Eltern und Nachkommen stattfinden und wir wissen, dass aktuell die meisten Kantone keine Erbschaftssteuern auf Erbschaften an Nachkommen erheben, so ist jede neue Erbschaftsteuerbelastung selbst bei einer sogenannten «erheblichen Erleichterung» gegenüber der 20%-Belastung eine Gefährdung des Unternehmens.

Ob die Initiative angenommen wird, ist schwer abzuschätzen. Das Volk hat bisher neue Steuern und Eingriffe des Bundes in die Zuständigkeiten der Kantone immer wuchtig abgelehnt. Andererseits lässt die vorgesehene Verwendung von $\frac{2}{3}$ des Steuerertrags für die AHV und der (vermeintlich hohen) Freigrenze von Fr. 2 Mio. den Ausgang der Abstimmung unsicher machen.

Jeder Bürger und insbesondere jeder Unternehmer hat sich zu fragen (und allenfalls zu handeln):

1. Gehe ich persönlich davon aus, dass die Initiative vom Volk angenommen wird?

2. Habe ich in nächster Zeit ohnehin geplant, meinen Nachkommen oder Dritten Schenkungen oder sonstige Vergünstigungen aus meinem Vermögen zu übergeben?

3. Weiss ich, wie mein Vermögen dereinst an meine Erben verteilt werden soll und bin ich bereit, das Eigentum bereits heute zu übertragen, allenfalls unter Beibehaltung des Verwaltungsrechts und des Anspruchs auf den Netto-Ertrag (Nutzniessung)?

Abschliessend ist festzustellen, dass seitens linker Kreise offensichtlich die wirtschaftlichen und Arbeitsplatz sichernden Leistungen der Unternehmerschaft nicht geschätzt werden. Ebenso wenig wird offenbar anerkannt, dass der gesamte Erbnachlass bereits als Einkommen versteuert und während der Dauer des Besitzes jährlich mit einer nicht unerheblichen Vermögenssteuer belastet wird. Es gilt frühzeitig auf die erheblichen Gefahren und den Unsinn dieser Initiative hinzuweisen.



Ruedi Reichmuth

Kanton rechnet 2012 mit einem Defizit von 93 Mio. Franken

Der Kanton Schwyz rechnet nächstes Jahr bei Gesamtausgaben von 1,26 Mrd. Franken mit einem Defizit von 93 Mio. Franken. Die Zahl ist zwar tiefrot, den Umständen entsprechend aber «moderat». Dieser Verlust liegt um 2,8 Mio. Franken unter dem Budget des laufenden Jahres und fast 43 Mio. Franken unter der ersten Budgetvorlage vom Herbst 2010. Kommt noch dazu, dass Schwyz 2012 rund 26 Mio. Franken mehr in den Finanzausgleich zahlen muss und gleichzeitig 30 Mio. Franken Ertrag aus dem Gewinn der Nationalbank wegfallen. Das neue Budget kann diese für Schwyz ungünstige Entwicklung also einigermaßen und bei gleichbleibendem Steuerfuss verkraften. Zudem stellt Finanzdirektor Kaspar Michel in Aussicht, dass die Rechnung 2011 besser abschliessen wird als budgetiert. Die Regierung erwartet ein Defizit von etwa 82 Mio. statt 96 Mio. Franken. Das bedeutet, dass das Eigenkapital Ende 2011 von bisher 562 Mio. auf etwa 480 Mio. Franken sinken wird. Mit dem budgetierten Defizit von 93 Mio. Franken würde das Polster ein Jahr später auf unter 400 Mio. Franken sinken. Am Steuerfuss will die Regierung per 2012 nichts ändern. Er soll bei 120 Prozent beibehalten werden.

Präsident der Kantonalbank tritt zurück

Nach dem Wechsel in der operativen Leitung der Schwyzer Kantonalbank – von Direktor Gottfried Weber zu Peter Hilfiker – kommt es jetzt auch zu einem Wechsel an der strategischen Spitze. Bankpräsident Alois Camenzind (Brunnen) wird im Sommer 2012 nicht mehr zu einer Wiederwahl antreten. Er scheidet auf Ende Juni auch aus dem Bankrat aus. Mit Camenzind wird der Kanton einen hervorragenden Kopf an der Spitze des Bankrates verlieren. Der heute 63-Jährige ist 1996 in das Aufsichtsgremium gewählt worden und hat 2004 das Präsidium übernommen. In seiner Amtszeit hat die Bank die Bilanzsumme von 9 auf 12 Mrd. Franken gesteigert, konnte die eigenen Mittel vor Gewinnverwendung von 856 auf 1243 Mio. Franken erhöhen und die Zuwendung aus dem Gewinn an den Kanton von 17,5 auf 38,5 Mio. Franken mehr als verdoppeln.

Abfallmenge ist trotz Bevölkerungswachstums abnehmend

Die Einwohnerzahl des Kantons Schwyz ist in den letzten zehn Jahren von 128 700 auf über 146 000 gestiegen. Trotzdem ist die Menge an Kehricht sogar von 29 000 auf 26 800 Tonnen gesunken. Dies hat mit der erfolgreichen Separatsammlung von Glas, Papier, Karton, Metallen und verstärkt auch Grüngut zu tun. Heute fallen in der Separatsammlung mehr Tonnen an als in der Verbrennungsanlage. Auch das Umdenken spielt eine Rolle, indem man unnötigen Hauskehricht möglichst vermeidet. Das Amt für Umweltschutz weist darauf hin, dass weitere Verbesserungen zwar noch möglich sind, aber bei Papier, Karton und Glas wohl die Möglichkeiten ausgereizt seien. Pro Kantonseinwohner wurden letztes Jahr folgende Mengen Kehricht produziert: Hauskehricht 183 kg, Grüngut 82 kg, Papier/Karton 80 kg, Glas 30 kg und Metalle 7 kg. Von der Gesamtmenge (pro Einwohner) von 383 kg werden 200 kg separat entsorgt und der Wiederverwertung zugeführt. Ein sehr guter Wert.

Innerschwyz Güsel geht ab 2016 nach Perlen

Der innere Kantonsteil produziert jährlich 10 000 bis 12 000 Tonnen Hauskehricht, der gegenwärtig in Niederurnen verbrannt wird. Ende September hat der Zweckverband Kehrichtentsorgung Region Innerschwyz (ZKRI) die Weichen für die kommenden Jahrzehnte neu gestellt. Die Abgeordneten der elf Gemeinden und zwei Bezirke beschlossen eine finanzielle Beteiligung am Bau der geplanten Kehrichtverbrennungsanlage im nahen Perlen LU. Diese wird bis 2015 gebaut, ab 2016 werden die ZKRI-Vertragsgemeinden den Güsel dorthin liefern. Die Anlage in Perlen kann bis zu 200 000 Tonnen Kehricht pro Jahr verbrennen, die Abwärme wird an die direkt daneben stehende Papierfabrik abgegeben, wodurch der jährliche Heizölverbrauch um 40 Millionen Liter gesenkt werden kann. Die Realisierung kostet 320 Mio. Franken. 100 Mio. Franken will man durch eigene Mittel (Aktienkapital) aufbringen. Der ZKRI zeichnet Aktien im Umfang von 6,4 Mio. Franken und wird dadurch zum vollwertigen Partner der Trägergesellschaft «Renergia».

Kühne + Nagel mit stabilem Ergebnis

Der weltweit tätige Logistikkonzern Kühne + Nagel mit Sitz in Schindellegi hat sein Neunmonatsergebnis trotz nachlassender Marktdynamik und starkem Franken stabil halten können. Der Reingewinn stieg leicht von 449 Mio. auf 454 Mio. Franken. Ohne die Frankenstärke wäre der Gewinn nach neun Monaten sogar 15,6 Prozent höher als im Vorjahr ausgefallen. Das Betriebsergebnis (EBITDA) ging um 2,4 Prozent auf 728 Mio. Fr. zurück, wäre zu konstanten Wechselkursen aber auch um 11,5 Prozent gestiegen. Obwohl Kühne+Nagel in allen vier Sparten deutlich mehr Waren transportierte, verminderte sich der Umsatz, in Franken gerechnet, um 3,8 Prozent auf 14,6 Mrd. Franken. Die Tonnage erhöhen konnte Kühne + Nagel insbesondere bei der Luftfracht. Auch in der Seefracht konnte der Konzern mit 11,4 Prozent mehr Containern und bei Landtransporten mit dem Kauf der brasilianischen Grupo Eichenberg und dem dichteren Transportnetzwerk in Europa zulegen.

TBM-Generalunternehmung droht Konkurs

Die TBM-Generalunternehmung AG mit Sitz in Altendorf hat die Bilanz deponiert. Die Bauarbeiten auf laufenden Grossbaustellen laufen auf Sparflamme oder stehen ganz still. Grund ist die unsichere Zukunft des Totalunternehmers. Handwerksbetriebe fürchten um die Zahlungen, der TBM-Konkurs wird immer wahrscheinlicher, schreibt der March Anzeiger. Die TBM-Spitze schweigt zu den Gründen für die ungemütliche Lage. Der March Anzeiger will jedoch von Mittelspersonen erfahren haben, dass Probleme an einem der laufenden Bauprojekte zur Überschuldung der Firma geführt haben.

Zwei Brennstoff-Firmen fusionieren

Zwei etablierte Unternehmen der Heizöl- und Brennstoffbranche gehen zusammen. Die Föry AG in Oberarth und die Barmettler AG in Küssnacht fusionieren zur Föry Barmettler AG. Sie reagieren damit gemäss eigenen Angaben auf «die veränderten Marktgegebenheiten im Energiesektor». Beide Unternehmen waren während Jahrzehnten in der Region erfolgreich tätig und gehen nun per 1. Januar 2012 eine Fusion ein. Die Firma nimmt Sitz in Küssnacht und wird vom Betriebsstandort im Fänn aus die Kunden bedienen. Die Föry-Tanklager beim Bahnhof Goldau bleiben bestehen. Für die Kunden und das Personal ändert nichts. Der bisherige Föry-Geschäftsführer

Daniel Enz wird per 2012 eine neue Herausforderung antreten. Die neue Firma wird von Roland Würsch von der bisherigen Barmettler AG geleitet, stellvertretender Geschäftsführer wird Roland Schuler von der Föry AG. Der neue Verwaltungsrat wird von Hans Barmettler präsiert, als Vizepräsident im fusionierten Unternehmen zeichnet Roman Föry. Beide bisherigen Unternehmen sind mit je 100 000 Franken Aktienkapital ausgestattet. Die übrigen Firmen der beiden Unternehmen sind von der Fusion offenbar nicht betroffen.

Open Air Hoch-Ybrig verkauft

Mit einiger Anstrengung hat das Open Air Hoch-Ybrig sich aus dem zweiten Defizit in Folge retten können. Der drohende Konkurs ist abgewendet worden, alle Rechnungen sind inzwischen bezahlt. Die Sanierung ist abgeschlossen worden. Mit diesem Schlussstrich hat der Verwaltungsrat der No Way Productions AG gleichzeitig beschlossen, 51 Prozent der Aktien an die First Event AG mit Sitz in Frauenfeld zu verkaufen. Damit geht das Open Air Hoch-Ybrig an den Veranstalter des Openairs Frauenfeld über, des grössten Festivals der Schweiz. Damit ist auch der Verwaltungsrat im Ybrig neu bestellt worden. Aus dieser Übernahme erhofft man sich Synergien für beide Events. Zudem sollen auf der Weglosen-Bühne in Unteriberg wieder internationale Top-Acts auftreten.

Schaukäserei Schwyzerland stellt Betrieb ein

Die Schaukäserei beim Bahnhof Seewen gehört seit über 20 Jahren zum regionalen Angebot für Touristen, Gesellschaften, Vereine, für Einkauf und Produktion. Nach einem strategisch erfolgreichen Konzept hat Initiant Josef Reichmuth aus der ehemaligen Molkerei und Käserei ein Unternehmen mit breitem Angebot und diversifizierten Abteilungen gemacht. Blickfang war die mit 23 000 Litern grösste Milchkanne der Welt. Nun gibt er aus gesundheitlichen Gründen auf. Auch spielen die grossen Preisschwankungen und der massive Preiszerfall beim Milch- und Käsemarkt eine Rolle. Die Markenrechte werden veräussert, die Räumlichkeiten umgenutzt. In den rund 6000 Kubikmetern Gebäudevolumen sollen Büros oder Wohnungen realisiert werden. Die Rede ist von einem «Business-Center» beim Bahnhof Seewen.

Schwyzer ist «Koch des Jahres»

Seit 23 Jahren kocht Franz Wiget auf dem familien-eigenen Landgasthof «Adelboden», der an der

Hauptstrasse zwischen Sattel auf Gemeindegebiet Steinen liegt. Er hat die auf saisonale und regionale Küche setzenden Menüs immer weiter entwickelt und sich so einen Namen gemacht. Während mehreren Jahren ist er schon auf 18 GaultMillau-Punkte abonniert, jetzt steht er ganz an der Spitze: Wiget ist zum «Koch des Jahres 2012» erkürt worden. Erstmals überhaupt geht diese GaultMillau-Auszeichnung damit in die Zentralschweiz. Franz Wiget gehört somit zu den ganz grossen Namen unter den Gourmets der Schweiz. Am 3. Oktober wurde die Auszeichnung verliehen. Mit dabei im «Adelboden» waren auch alle sechs aktuellen 19-Punkt-Köche der Schweiz. Bei der Übergabe der Auszeichnung betonte GaultMillau-Chef Urs Heller, dass man nicht nur die Restaurants von Luxushäusern auszeichnen wolle, sondern eben ganz bewusst auch den «besten Landgasthof der Schweiz».

Gestohlene Picasso-Gemälde gefunden

Grosser Erfolg für die Schweizer Strafverfolgungsbehörden. Sie haben die zwei aus dem Kulturzentrum in Pfäffikon gestohlenen Picasso-Bilder in Serbien geortet. Dreieinhalb Jahre Ermittlung haben zu Hinweisen über den Verbleib der Bilder geführt. Die Bilder sind in Sicherheit gebracht worden. Die Ölbilder «Tête de cheval» und «Verre et pichet» im Wert von 4,8 Millionen Franken sind im Februar 2008 nach Betriebschluss aus dem Vögele Kulturzentrum (damals noch Seedamm Kulturzentrum) in Pfäffikon gestohlen worden. Die Bilder waren Leihgaben des Sprengel Museums in Hannover (D). Ulrich Krempel, Direktor des Sprengel Museums, sprach von einem «Akt der Barbarei». Die Bilder seien zwar versichert, aber was sei Geld gegen solche Werke.

Gewa in Wollerau ein voller Erfolg

80 Gewerbetreibende aus Feusisberg, Schindellegi und Wollerau haben Mitte Oktober während fünf Tagen in Wollerau ihre Produkte ausgestellt oder ihre Dienstleistungen vorgestellt. Die Gewa wurde zu einem durchschlagenden Erfolg. Die Organisatoren schätzen, dass 25 000 Personen die Gewerbeausstellung besuchten, mindestens 20 Prozent mehr als vor vier Jahren. Mit zum Rekordandrang beigetragen haben auch das gehaltvolle Rahmenprogramm und die Festwirtschaften. Es gab rundum zufriedene Gesichter – bei den Ausstellern wie beim Publikum.

15 000 Besucher an der Gewa Einsiedeln

Die Jubiläumsausgabe der alle fünf Jahre stattfindenden Gewerbeausstellung Einsiedeln Anfang Oktober war ein Renner. Unter dem Motto «Tradition und Vision» präsentierte sich das einheimische Gewerbe während dreier Tage. Die genaue Besucherzahl wurde zwar nicht erhoben, da die Leute keinen Eintritt zahlen mussten. Doch OK-Mitglied Victor Kälin sprach von schätzungsweise gegen 15 000 Besuchern, die sich über Dienstleistungen von Mitgliedern des Gewerbevereins Einsiedeln informierten und Produkte begutachteten. Das Areal um das Schulhaus Brüel bot auf rund 200 Quadratmetern Ausstellungsfläche 102 Ständen Platz.

70 Aussteller an «Gwärb 11» in Goldau

An 70 Ständen zeigten die Gewerbetreibenden der Gemeinde Arth in Goldau vom 6. bis 9. Oktober ihre Stärken und Leistungen einem breiten Publikum. Mit 10 000 Besuchern wurde die «Gwärb11» ein schöner Erfolg. Sowohl Publikum wie Aussteller waren voll zufrieden, es konnten viele Gespräche mit bestehenden oder potentiellen Kunden geführt werden.

Tourismus steht unter Druck

Auch im Kanton Schwyz ist der Tourismus von der Abwärtsspirale erfasst worden. Im August sind die Logiernächtezahlen von 78 900 im Vorjahr auf 71 890 gesunken. Dies entspricht einem Rückgang um 8,9 Prozent. Das ist mehr als der Verlust im Landesschnitt (–6,7 Prozent). In den ersten acht Monaten verzeichnete der Kanton Schwyz 446 623 Logiernächte; das sind 5088 oder 1,1 Prozent weniger als in der Vergleichsperiode 2010. Stark verloren haben Brunnen (–12,3 Prozent), Einsiedeln (–9,8) und Oberiberg (–9,6).

Umlagerung bei den Spitalkosten

In den drei Schwyzer Regionalspitälern sind letztes Jahr rund 13 700 Patienten stationär behandelt worden. Jetzt wird per 1. Januar 2012 landesweit die freie Spitalwahl eingeführt. Auch Grundversicherte können für ihre Behandlung jedes beliebige Spital in der Schweiz aufsuchen, wenn es dort auf der kantonalen Spitalliste steht. Dies wird zur Folge haben, dass vermehrt Schwyzer Patienten in ausserkantonale Spitäler abwandern, vor allem aus Randgebieten wie der Obermarch, den Höfen oder Küssnacht. Roland Wespi, Abteilungsleiter im Amt für Gesundheit und Soziales, schätzt aufgrund der bisherigen Gesuche, dass dies

1500 oder mehr Patienten pro Jahr sein könnten. Der Kantonsbeitrag an die drei Schwyzer Spitäler wird sinken, dafür werden die Beiträge an ausserkantonale Spitäler steigen. Für 2010 und 2011 hat der Kanton den drei Spitälern Schwyz, Einsiedeln und Lachen als Betrag einen Globalkredit von 130 Mio. Franken zur Verfügung gestellt. Für die beiden folgenden Jahre 2012 und 2013 werden es wegen der Patientenabwanderung noch 110 Mio. Franken sein. An ausserkantonale Spitäler hat der Kanton für das laufende Jahr 38 Mio. Franken budgetiert. Dieser Betrag wird 2012 massiv ansteigen.

Schwyz ist starker Wachstumskanton

Gemäss Volkszählung 2010 (Stichtag 31. Dezember) ist die Einwohnerzahl des Kantons Schwyz seit 2000 um 14,1 Prozent oder 18 026 auf 146 730 Personen angestiegen. Seit 1970 ist der Kanton sogar um 60 Prozent gewachsen. Einzig in Steinerberg ist die Einwohnerzahl in den letzten zehn Jahren um 32 auf 864 zurückgegangen. In den übrigen Gemeinden verteilt sich der Zuwachs sehr unterschiedlich. Nominal am stärksten gewachsen sind Freienbach (+ 2592), Einsiedeln (+ 1763), Lachen (+ 1578), Küssnacht (+ 1520), Altendorf (+ 1398) und Schubelbach (+ 1427). Prozentual um mehr als 20 Prozent gewachsen im Verhältnis zur Bevölkerung sind Sattel, Lauerz, Alpthal, Lachen, Altendorf, Schubelbach und Feusisberg. Am stärksten zulegen konnte, mit 47,5 Prozent, die kleinste Gemeinde, Riemenstalden. Ihre Einwohnerzahl wuchs von 59 auf 87 an. Das ist wichtig für die Gemeinde, denn damit erhöhen sich die Chancen, dass die Schule auch längerfristig weitergeführt werden kann. Im letzten Dezenium ist Arth mit mehr als 10 000 Einwohnern neu als Stadt hinzugekommen, Freienbach hat Schwyz als einwohnerstarkste Gemeinde abgelöst (aktuell: 15 647 zu 14 423), Lauerz, Morschach und Vorderthal haben die Tausendergrenze überschritten.

In Garaventa-Gondeln durch Weltausstellung und Zoo

Von April bis Oktober 2012 wird in der niederländischen Stadt Venlo die Welt-Garten-Expo durchgeführt, an der zwei Mio. Besucher erwartet werden. Für diese «Floriade» in der Provinz Limburg hat die Guldauer Firma Garaventa eine Gondelbahn konzipiert, welche die Besucher zu den Pavillons und in 30 Metern Höhe über das ganze Gelände transportieren

wird. Die Bahn ist bereits erstellt worden und hat auch ihre ersten Betriebsmonate hinter sich. Sie besitzt eine Förderleistung von 2000 Personen pro Stunde, die über eine Strecke von 1115 Metern transportiert werden. Im Einsatz stehen 45 Gondeln. Es ist die erste moderne Gondelbahn überhaupt, die in den Niederlanden in Betrieb steht. Nach der Expo wird die Bahn abgebaut und ins Skigebiet der Silvretta Montafon Bergbahnen AG gezügelt. In Schweden hat die Garaventa-Doppelmayr-Gruppe eine Gondelbahn durch den Kolmarden-Zoo nördlich von Stockholm gebaut. Sie erlaubt eine Safari in luftiger Höhe und sicherer Distanz durch den grössten Zoo Skandinaviens.

Liegenschaftsneuschatzung hat Auswirkungen auf NFA

In seiner Antwort auf eine kleine Anfrage bestätigt der Regierungsrat, dass der Kanton Schwyz durch die Neueinschätzung der Liegenschaften rund vier Millionen Franken mehr in den nationalen Finanzausgleich einbezahlen muss. Der Vermögenszuwachs im Jahr 2007 betrug 11,2 Mrd. Franken, im Jahr 2008 waren es nochmals 12,2 Mrd. Franken. Dadurch wuchs das Beitragswachstum im Jahr 2011 um 2 Mio. bzw. um 2,5 Mio. Franken im Jahr 2012. Durch den gleichzeitig angehobenen Eigenmietwert nahm die Abgabe in den NFA um weitere 1,5 Mio. Franken zu. Die Detailanalyse zeigt, dass im Kanton Schwyz vor allem das Wachstum der Einkommen der natürlichen Personen einen bedeutenden Einfluss auf die NFA-Beiträge hat.

Die Wirtschaftsmeldungen wurden aus Beiträgen im Bote der Urschweiz, dem Einsiedler Anzeiger, dem Höfner Volksblatt, dem March Anzeiger und der Schweizerischen Depeschagentur (sda) zusammengestellt.

Wirtschaftsforum zum Thema «Clean Tech»

Unter der Trägerschaft des Volkswirtschaftsdepartements, der H+I und des kantonalen Gewerbeverbandes fand am 18. Oktober das sechste Wirtschaftsforum des Kantons Schwyz in Schwyz statt. Die Veranstaltung widmete sich dem Thema «Cleantech – mit Nachhaltigkeit zur wirtschaftlichen Spitzenposition».

Es war ein hervorragend besetztes Podium. Die rund 450 Besucher des Wirtschaftsforums erlebten kompetente Fachleute aus der Verwaltung, aus Wissenschaft und Wirtschaft. Regierungsrat Kurt Zibung hielt in der Schlussdiskussion fest, dass er die Chancen primär in stromsparenden Produktionsverfahren sieht. «Ich glaube, dass kleinstrukturierte Firmen – nicht zuletzt wie bei uns angesiedelt – diesbezüglich eine grosse Chance haben.»

Atomausstieg «riskant»

Thomas Stadler, vom Bundesamt für Umwelt und in Vertretung von Bafu-Direktor Bruno Oberle, nahm einleitend Stellung zum «Masterplan Cleantech», der bundesrätlichen Strategie für Ressourceneffizienz und erneuerbarer Energie. Er kommt dabei zum Schluss, dass die Schweiz hervorragend positioniert ist und die Vorreiterrolle (zurück-)gewinnen kann. Silvio Borner, emeritierter Professor der Uni Basel, teilt diese Meinung in keiner Weise: «Keiner, vor allem nicht die Politik, kann bis ins Jahr 2035 vorausschauend. Das haben schon andere Technologien gezeigt.» Vor allem sei der Atomausstieg ein riskantes Unterfangen, denn die Schweiz und Deutschland seien Einzelgänger. «Die Kernenergie wird global ausgebaut und 10 Prozent des Weltverbrauches halten.» Er sei kein Anhänger einer bestimmten Technologie. «Ich bin aber Realist und will eine garantierte Energieversorgung.»

Zauberwort für «echtes Business»

Michael Buscher, CEO der OC Oerlikon, hielt fest, dass die Sonne theoretisch den mehrtausendfachen Energiebedarf der Welt abdecke. Was aber fehle, seien die Speichermöglichkeiten und geeignete Produktionsstandorte. «Die Schere Angebot und Nachfrage öffnet sich», so Buscher, und das bedeute für die Hersteller, dass man auf der Basis von starken Marken weltweite Produktionsstandorte pflegen müsse, um im aufkommenden Preiskampf bestehen zu können. Oerlikon praktiziere dies an 150 Standorten in 38 Ländern. Gesprächsleiter war Reto Lipp, Moderator des Wirtschaftsmagazins ECO. Er hält fest, dass «Cleantech nicht nur das Zauberwort der Stunde für eine mögliche Energiegewinnung, sondern auch ein echtes Business ist».

*Aus: Bote der Urschweiz, 19.10.2011
Bruno Facchin*

Von Rio zu Rio + 20

Im Juni 2012 findet in Rio de Janeiro die Uno-Konferenz «Rio+20» statt. Zwanzig Jahre nach dem ersten Erdgipfel, ebenfalls in Rio, wird sich zeigen, ob die Staatengemeinschaft doch noch auf den Weg der nachhaltigen Entwicklung findet.

1992, am Erdgipfel von Rio, hat sich die Staatengemeinschaft auf den Weg der nachhaltigen Entwicklung verpflichtet. Es war die Geburtsstunde der «Weltinnenpolitik» und das Versprechen eines neuen Entwicklungsparadigmas: «Der einzige Weg, der uns eine sichere und blühende Zukunft beschern kann, besteht darin, Umwelt- und Entwicklungsfragen gleichermassen und miteinander anzugehen», heisst es im Aktionsprogramm «Agenda 21», das vom Gipfel verabschiedet wurde. Im Mai 2012 nun findet, ebenfalls in Rio, die Folgekonferenz «Rio+20» statt. Dort soll der Weg für eine «Grüne Wirtschaft» geebnet werden. Viele Entwicklungsländer sind mit Skepsis in die Vorbereitungen gestiegen. Sie bangen um das Recht auf Entwicklung.

Eine magere Bilanz

Die «Eine Welt» ist in den 20 Jahren nicht geworden, was in Rio versprochen wurde. Das Ökosystem Erde gerät immer mehr aus den Fugen. Zentrale wirtschaftliche, soziale und ökologische Entwicklungen der letzten Jahrzehnte sind jeder Nachhaltigkeit zuwider gelaufen. Umwelt- und Ressourcendaten stehen auf «Alarm». Die Klimaveränderung ist zur grössten Bedrohung für die menschliche Entwick-

lung geworden. Sie verdeutlicht exemplarisch, dass das nicht-nachhaltige Produktions- und Konsumverhalten auf unverrückbare Grenzen der Natur stösst und sie irreversibel überschreitet. Der globale Bedarf an nicht-erneuerbaren Ressourcen und Rohstoffen hat rasant zugenommen. Ein Wettlauf um die Restvorkommen ist in vollem Gange, vor allem um die «strategischen Rohstoffe», die in Schwellen- und Entwicklungsländern vorkommen.

Das 21. Jahrhundert scheint das Jahrhundert der multiplen Krisen zu sein. Zu Beginn riss die Politik unter dem Druck von Weltbank und Währungsfonds in vielen Ländern den schützenden und ordnenden Rahmen des Staates nieder. In den Entwicklungsländern wurden der Liberalisierung und Privatisierung von öffentlichen Gütern wie Wasser, Bildung und Gesundheit Tür und Tor geöffnet. Die sozialen und ökologischen Folgen waren verheerend. Die Einsicht, dass nachhaltige Entwicklung eine Sache der Polis, eine öffentliche Aufgabe ist, war definitiv verschwunden. An der Konferenz «Rio+10» in Johannesburg musste der damalige Generalsekretär Kofi Annan einräumen, dass für viele Menschen und in mancher Hinsicht die Situation schlechter sei als zehn Jahre zuvor.

Das Jahrzehnt ist nicht «bloss» zum Jahrzehnt der Klima- und Ernährungskrise geworden; die Welt wurde erschüttert durch eine Finanz- und Wirtschaftskrise, ausgelöst durch das internationale Bankendesaster. Unter dem Schock fand die Politik als Ausweg nur eine Antwort: Wachstum, auf Teufel komm raus, fossiles Wachstum. Mit dem Argument der Arbeitsplatzsicherung und der Ankurbelung der Wirtschaft im Rücken, verabschiedete sie Konjunktur- und Beschäftigungsprogramme, die gegen jegliche Nachhaltigkeit versties. Mit Milliarden wurden Banken gerettet, für die Rettung des Planeten fehlt rundum das Geld.

Grüne Wirtschaft als Ausweg

«Grüne Wirtschaft» soll nach dem Willen der UNO-Generalversammlung bei «Rio+20» eines der Hauptthemen sein. Die Vorbereitungen haben im Mai 2010 «mit vielen Fragen und Zweifeln aus Entwicklungsländern» begonnen. Gemäss einem im Januar veröffentlichten Bericht von UNO-Generalsekretär Ban Ki-moon befürchten ärmere Länder, dass die Reichen ihre Märkte künftig durch höhere Umweltstandards abschotten. Sie befürchten wirtschaftliche Nachteile, die ihre Entwicklungschancen gefährden. Ban Ki-moon sagte mit Blick auf den Erdgipfel 2012: «Die Welt braucht neue Wirtschaftsweisen. Wir müssen neu bestimmen, was Fortschritt heisst. Wir brauchen eine Revolution der Art wie wir leben, eine Revolution in unseren Beziehungen mit unserem Planeten».

Das UNO-Umweltprogramm (UNEP) hat unlängst eine Studie zur «Grünen Wirtschaft» veröffentlicht. Mit einer Investition von zwei Prozent des weltweiten Bruttoinlandsprodukts lasse sich der Übergang in eine grüne Weltwirtschaft einleiten. Mit 1 300 Milliarden US-Dollar pro Jahr könnte nicht nur eine ökologisch orientierte Marktwirtschaft erzielt, sondern auch Armut bekämpft werden. Der Zwang zum Wachstum wird dabei nicht in Frage gestellt: «Es ist eindeutig, dass die Ökonomien sich weiter entwickeln und wachsen müssen. Diese Entwicklung darf jedoch nicht auf Kosten der Lebenserhaltungssysteme auf dem Land, in den Meeren oder in der Atmosphäre erfolgen, denn diese erhalten unsere Wirtschaftssysteme und damit die Lebensgrundlage von uns allen», so UNEP-Direktor Achim Steiner.

Die Wirtschaft hat sich im Hinblick auf «Rio+20» bereits koordiniert und in die Vorarbeiten eingeklinkt. «Business Action for Sustainable Development 2012» wird ihre Stimme am Gipfel sein. Sie soll nicht zuletzt die bisherigen Leistungen des Privatsektors zur Nachhaltigen Entwicklung ins rechte Licht rücken.

Grünes Wachstum – eine «ökokapitalistische Illusion»

Die OECD will nicht bloss «Grüne Wirtschaft», sie will «Grünes Wachstum». Dazu wird sie demnächst eine Strategie vorlegen. Ökonomisches Wachstum soll gestärkt und gleichzeitig den ökologischen Krisen, wie der Klimaveränderung, begegnet werden. Die EU hat bereits letztes Jahr eine «Strategie für intelligentes, nachhaltiges und integratives Wachstum 2020» verabschiedet. Beide Beispiele zeigen: Die Industriestaaten wollen die Krisen des 21. Jahrhunderts mit den Mitteln bekämpfen, mit denen die Krisen verursacht wurden. Wird damit 20 Jahre nach Rio der Grundsatz der Nachhaltigkeit im Abfalleimer der Geschichte entsorgt?

Es gibt eine einfache Wahrheit, die auch mit dem Adjektiv «Grün» nicht umzustossen ist: In einer begrenzten Welt ist unbegrenztes Wachstum nicht möglich. Unsere Erde ist ein begrenzter Raum. Der Boden, die nicht-erneuerbaren Ressourcen, wachsen nicht nach. Die Biosphäre wächst nicht. Sie kann nicht endlos Schadstoffe aufnehmen. Mit Effizienz und grüner Technologie lassen sich die Klimaveränderung und das Ressourcenproblem nicht lösen. Es gibt kein Szenario eines ökologischen, nachhaltigen kontinuierlichen Wachstums für eine Welt mit 9 Milliarden Menschen im Jahr 2050. Im Wissen um die Endlichkeit der Ressourcen und der Grenzen des Umweltraumes muss für eine wachsende Zahl von Menschen eine gerechte Verteilung und ein Leben in Würde ermöglicht werden. Wirtschaft muss sich in den Grenzen des Substanzerhaltes entwickeln. Es geht um Gerechtigkeit jenseits von Wachstum.

(vgl. Alliance Sud)

Unternehmergespräche des REV Einsiedeln und des REV Rigi – Mythen zum Thema

Erfolgreich nach innen und aussen kommunizieren

Mittwoch, 2. November (Schwyz) und Montag, 7. November (Einsiedeln)

Alexander Gonzalez: Wer im Betrieb gut kommuniziert, ist erfolgreich!

Der Luzerner Unternehmensberater Alexander Gonzalez beginnt mit der Behauptung: Wer im Betrieb gut kommuniziert ist erfolgreich. Kommunizieren kann jeder, wenn er gewisse Grundregeln einhält. Gonzalez beantwortet zudem Fragen: Wie kann ich Gespräche optimal vorbereiten und besser steuern? Wie kann ich professionell antworten oder Kritik üben, ohne zu verletzen? Welches sind die Grundsätze des aktiven Zuhörens?

Mittwoch, 30. November (Einsiedeln) und Montag, 5. Dezember (Schwyz)

Ronald Joho: Zeitung, Radio und Fernsehen als Partner

Der Kanton Schwyz besitzt zahlreiche Zeitungen und liegt im Einzugsgebiet verschiedener Radios und Fernsehen. Sie bedeuten eine grosse Chance für die KMUs. Als Leiter einer Medienagentur weiss Ronald Joho (Stans) aus Erfahrung: Nur was die Redaktionen interessiert, hat die Chance auch veröffentlicht zu werden. Deswegen muss ein Unternehmen regelmässig die Aufmerksamkeit der Redaktionen wecken. Joho vermittelt dazu das geeignete Vorgehen.

Montag, 28. November (Schwyz) und Montag, 12. Dezember (Einsiedeln)

Seraina Mohr: Neue Medien eröffnen neue Chancen

Ein Internetauftritt gehört heute zum Standard von Firmen. Aber werden auch alle Möglichkeiten für die Zwecke der Firma ausgereizt? Diese Frage stellt Seraina Mohr von der Hochschule Luzern. Sie zeigt zudem auf, welche überraschenden Chancen Social Media wie Facebook gerade für Kleinunternehmen bieten. Sie sind einfach und kostengünstig und haben eine enorme Wirkung.

Die kostenlosen Unternehmergespräche beginnen jeweils um 19.00 Uhr und enden mit einem Apéro. In Schwyz ist Treffpunkt das Mythen Forum, in Einsiedeln das Hotel Drei Könige. Um Anmeldung wird gebeten. Programm und Anmeldeformular befinden sich auf den Homepages www.region-einsiedeln.ch oder www.rigi-mythen.ch.

Ausweg aus blockierter Finanzierung der Verkehrsinfrastruktur

Sowohl Schiene als auch Strasse brauchen in nächster Zeit wesentliche finanzielle Mittel für ihren Ausbau und Unterhalt. Öffentlicher und privater Verkehr ergänzen sich gegenseitig und die steigende Nachfrage kann keiner von beiden alleine abdecken. Der ideologische Kampfwinkel zwischen Strasse und Schiene wäre daher obsolet. Er geht allerdings weiter, da die Strasse ihre Kosten selber deckt, während die Bahn – trotz massiver finanzieller Unterstützung durch die Strasse – stark defizitär ist.

Aufgrund dieser finanziellen Situation versuchen denn auch immer wieder politische Bestrebungen nicht etwa den öffentlichen Verkehr zu Kostendeckung zu verpflichten, sondern im Gegenteil das Ungleichgewicht zu verstärken, indem die Förderung – sprich: Finanzierung – des Bahninfrastrukturausbaus durch die Strasse verlangt wird. In diesem Sinne hat auch der Verkehrs-Club der Schweiz (VCS) die Volksinitiative «Für den öffentlichen Verkehr» eingereicht. Obwohl diese Initiative nur wenige Chancen hat, angenommen zu werden, stellt ihr der Bundesrat – aus welchen Gründen auch immer – einen direkten Gegenentwurf «Finanzierung und Ausbau der Bahninfrastruktur (FABI)» entgegen, der sich bis Mitte vergangenen Juli in der Vernehmlassung befand.

Allerdings ist der Gegenvorschlag FABI genauso inakzeptabel wie die VCS-Initiative selbst, namentlich deshalb, weil er den «NEAT-Viertel» zu einer ständigen Einrichtung

machen will. Diese Subventionierung der Schiene durch die Strasse von jährlich 300 Millionen Franken aus den Mineralölsteuern dient bis anhin der Finanzierung der NEAT und läuft demnächst aus. FABI will sie nun auf unbestimmte Zeit verlängern, um weitere, neue Bahninfrastrukturprojekte zu finanzieren. Damit würden der Strasse allerdings dauerhaft Mittel vorbehalten, die für sie bestimmt sind und die sie dringend nötig hat.

Die parlamentarische Initiative «Verwendung der Mineralölsteuererträge für die Finanzierung des Strassenverkehrs» (Geschäftsnummer 11.424) des Walliser Nationalrats Roberto Schmidt (CVP) verlangt im Wesentlichen, dass die Mineralölsteuererträge (Grundgebühr auf Treibstoffen) nicht mehr hälftig geteilt, sondern wieder zu 60 Prozent zweckgebunden für den Strassenverkehr und zu 40 Prozent für die allgemeine Staatskasse eingesetzt werden. Dieser Schlüssel von 60:40 entspricht dem ursprünglichen, wie er zwischen 1959 und 1982 galt. Der zweckgebundene Anteil für die Strasse wurde ab 1983 auf 50 Prozent reduziert mit der Begründung, langfristig zeichneten sich überschüssige Strassenmittel ab und die Bundesfinanzen seien angespannt. Diese Argumente stimmen heute nicht mehr. Deshalb rechtfertigt es sich, auf die ursprüngliche Aufteilung zurückzukommen.

Ein entsprechender Beschluss ermöglichte einerseits die dringend nötigen künftigen Investitionen in die Strasse und entspannte andererseits die Diskussion um FABI: Die 10 Prozent, die wieder zugunsten der Strasse verwendet werden könnten, entsprechen rund 300 Millionen Franken jährlich, was in etwa dem Betrag entspricht, den die Strasse unter dem Titel «NEAT-Viertel» an die Schiene bezahlt. Die Verlängerung dieser Subvention wäre unter Umständen akzeptabel, wenn der Bund dafür bereit wäre, der Strasse in etwa die gleiche Summe zurückzugeben.

Die parlamentarische Initiative ermöglichte also einen Ausweg aus der blockierten Debatte um die Finanzierung von Schiene und Strasse. Sie verdient daher die volle Aufmerksamkeit des Verkehrsdepartements, des Parlaments und der interessierten Organisationen.

(Centre Patronal)

Bildungsfeindliche Schweiz?

Soeben von den Berufsweltmeisterschaften als drittbeste Nation der Welt zurückgekehrt, sind die Aussagen von Professor Ph. Sarasin ein Schlag ins Gesicht für über 60 Prozent unserer werktätigen Bevölkerung. Im Artikel im Tagesanzeiger online vom 11. Oktober fordert der Herr Professor eine massive Förderung der gymnasialen und universitären Bildung. Seine Haltung gegenüber Berufsleuten und der Berufsbildung im allgemeinen kann man nur als elitäre Verachtung bezeichnen, wenn er behauptet Zitat «Die grosse Mehrheit der Jugendlichen, die mit ihrer Berufsbildung und Berufsarbeit zum Teil schon weit vor dem zwanzigsten Lebensjahr beginnt, bezahlt dafür nicht selten den Preis einer bloss rudimentären Bildung» Zitatende.

Einer unserer Experten bringt es treffend auf den Punkt: Wer auf eine massive Erhöhung der akademischen Abschlüsse setzt, sollte vorgängig folgende Fragen beantworten:

- Wer behebt eine elektrische Störung?
- Wer verlegt Ihre Platten im Badezimmer?
- Wer repariert Ihr Auto?
- Wer pflegt Ihren Garten?
- Und wer bedient Sie in einem exklusiven Restaurant?

In all diesen Tätigkeiten haben wir ausgebildete Berufsleute und jetzt sogar Weltmeister! Länder wie Finnland oder Grossbritannien mit hohen Akademikerquoten haben erkannt, dass sie ihr Land nicht vorwärts bringen ohne gut ausgebildete Berufsleute. Nicht umsonst hat Premier Cameron in der Woche der Berufsweltmeisterschaften in London bekannt gegeben, dass ab nächstem Jahr die Studiengebühren auf 9 000 Pfund pro Semester erhöht werden, damit eine Selektion stattfinden kann. Dies mag zwar nach unserem Bildungsverständnis, dass alle die gleichen Chancen haben sollten, nicht ganz fair sein. Es zeigt aber, dass die britische Regierung nicht länger bereit ist, arbeitslose Studienabgänger durchzufüttern, sondern vermehrt auf den Arbeitsmarkt hört, der schon seit langer Zeit nach «skilled people», also gut ausgebildeten Fachkräften und Berufsleuten ruft.

Es ist klar, dass man nicht das eine System gegen das andere ausspielen darf. Wenn man jedoch die Finanzierung anschaut, so ist das Missverhältnis zwischen subventionierten Schulen und der nur mit guten Worten unterstützten Berufsbildung so krass, dass auch in der Politik der entsprechende Handlungsbedarf wahrgenommen wurde. Ausschlaggebend für die Berufswahl sollen aber immer noch Neigung und Eignung sein, und dies beginnt mit einer frühzeitigen Berufswahlvorbereitung. Dass dabei der gymnasiale Weg zu einer Sackgasse führen kann, ist eine

Tatsache, welche bis jetzt noch niemand gewagt hat, offen auszusprechen. Was passiert denn, wenn ein 6.-Klässler ins Langzeit-Gymnasium kommt, sich dort mühsam durchkämpft und ein Jahr vor der Matura aus der Klasse fällt? Er ist als Verlierer gebrandmarkt und hat eine schwierige und unsichere Zukunft vor sich. Ist dies wirklich der bessere Weg, als im Alter von 15 Jahren eine Berufsausbildung zu wählen, welche drei Jahre dauert und nach deren Abschluss man eine gesuchte Fachkraft auf dem Arbeitsmarkt ist?

Verglichen mit anderen Ländern haben wir das grosse Glück, ein gesamtheitliches Bildungssystem zu haben, in welchen man in allen Bereichen gute Aufstiegs- und Entwicklungsmöglichkeiten hat. Die Durchlässigkeit ist auf alle Seiten gegeben und ein Auspielen des einen Weges gegen den anderen ist nicht nur fehl am Platz, sondern beinhaltet das Potenzial, unserem Bildungssystem grossen Schaden zuzufügen.

(sgv)

Kartellverbot: Auswüchse im Kampf gegen Frankenstärke

Der starke Schweizer Franken und die Verunsicherung derer, die davon mehr oder weniger direkt betroffen sind, lösen bei Politikern reflexartig einen wirren Aktivismus aus. In diese aufgeregte Offensive reiht sich auch der Revisionsentwurf zum Kartellgesetz, den das Departement von Bundesrat Schneider-Ammann in die Vernehmlassung schickte.

Die Revision richtet sich angeblich gegen Unternehmen, die ihre Kunden nur ungenügend von Währungsgewinnen profitieren lassen. Sie erklärt horizontale und vertikale sogenannte «harte» Absprachen unabhängig ihrer effektiven wirtschaftlichen Auswirkungen automatisch als unzulässig. Um Unternehmen bestrafen zu können, müsste die Wettbewerbskommission (WEKO) in Zukunft keine Untersuchung mehr führen über die Erheblichkeit der wirtschaftlichen Auswirkungen, sondern nur noch das Bestehen einer Abrede nachweisen.

Den ersten und massivsten Vorwurf, den sich die Vorlage gefallen lassen muss, ist der, dass sie die Bundesverfassung nicht respektiert. Deren Artikel 96 beauftragt den Bund «gegen volkswirtschaftlich oder sozial schädliche Auswirkungen von Kartellen» zu kämpfen; er ermächtigt ihn aber keineswegs, jegliche Abreden zwischen Unternehmen zu verbieten und ohne Abklärung ihrer effektiven wirtschaftlichen Konsequenzen zu ahnden.

Zudem würde die im Laufe der vergangenen Jahre bereits stark verschärfte Gesetzgebung noch strenger. Diese Entwicklung beunruhigt und gefährdet immer stärker zahlreiche Unternehmen und Berufsverbände. Denn die WEKO verfolgt nicht nur harte Kartelle, sondern auch weitere Geschäftspraktiken wie namentlich Empfehlungen von Berufsverbänden oder Tarifkommissionen, die durchaus auch im Interesse der Öffentlichkeit oder neuer Marktteilnehmer liegen. Orientiert man sich an diesen, kann man sich ganz plötzlich und unvermittelt in den Fängen der Wettbewerbschützer wiederfinden. Die Wirtschaftsverbände, die sich täglich für Information und Instruktion der KMU einsetzen, können diese – häufig übermässige – Strenge nur bedauern.

Unverständlich ist insbesondere, dass der Bund heute ein weitgehendes Verbot vertikaler Abreden befürwortet, während noch im Juni 2010 der Bundesrat genau umgekehrt für sie ein differenziertes und einzelfallbezogenes Vorgehen vorschlug, weil er anerkannte, dass gewisse Vertriebsvereinbarungen volkswirtschaftlich Sinn machen, insbesondere um notwendige Investitionen in die Vertriebskette zu schützen und diese effizient ausgestalten zu können. Woher kommt der plötzliche Sinneswandel?

Die heute vorgeschlagene systematische und grundsätzliche Kriminalisierung vertikaler Abreden ist umso erschütternder, als dass sie am Ziel vorbeischießt. In den allermeisten Fällen, in denen Unternehmen ihre Währungsgewinne nicht an die Kunden weitergeben, ist das Kartellrecht gar nicht betroffen. Die WEKO, die gerade keine Preisüberwachungsbehörde ist, könnte daran nichts ändern. Die geplante Revision des Kartellrechts ist daher weder geeignet noch verhältnismässig, um das geplante Ziel zu erreichen.

Man darf sich zu Recht auch über die Art und Weise wundern, in der die Vorlage in die Vernehmlassung geschickt wurde, und über die kurze Vernehmlassungsfrist von zwei Wochen, deren Rechtfertigung sich auf eine nicht gerechtfertigte Dringlichkeit stützt. Die geplante Revision brächte eine wesentliche Änderung des geltenden Rechts, die rigoros mit den heutigen Prinzipien bräche, deshalb ist dieses über den Zaun gebrochene Vorgehen unannehmbar.

(Centre Patronal)

Mächler AG

Sandstrahl- Metallspritz- und Einbrennlackierwerk

8852 Altendorf

Traditionell und dennoch auf dem neusten Stand – das zeichnet die Mächler AG aus. Wir beschichten Oberflächen individuell nach ihren Einsatzgebieten mit entsprechend geeigneten Materialien in den erforderlichen Schichtstärken. Wenn es um die Werterhaltung Ihrer Teile geht, sind wir für Sie genau der richtige Ansprechpartner. Seit jeher standen bei der Mächler AG als oberste Devise Qualität und Präzision. Den Beweis dafür, dass dies die richtige Strategie ist, zeigt uns die grosse Anzahl von zufriedenen Kunden, die unsere Oberflächenbehandlung zu nutzen wissen und von unserem Know-How profitieren. Die von Generationen überlieferten Erfahrungswerte, gepaart mit dem Wissen der neusten Technologien, verschaffen uns einen sicheren Wettbewerbsvorteil auf dem Markt. Profitieren Sie von unserer breiten Erfahrung und unserer Kompetenz, wenn es um die Herstellung von qualitativ hoch stehenden Oberflächenbehandlungen geht. Auf Wunsch beraten wir Sie vor Ort, um den Einsatz und die Realisation der für Sie effizientesten Materialien von Beginn an in die richtigen Wege zu leiten – und dies alles immer im Hinblick auf eine kundengerechte und wirtschaftliche Lösung.

Die Mächler AG ist ein KMU mit 20 Angestellten. Seit 50 Jahren steht der Name Mächler für Qualität und Zuverlässigkeit! Im Jahre 1961 gründete Benedikt Mächler-Knobel einen Einzelbetrieb. Unter dem Namen Benedikt Mächler-Knobel, Metallspritzwerk, Altendorf begann die Geschichte der heutigen Mächler AG. Damals wurde er unterstützt von einem Mitarbeiter. 1973 kam die Umwandlung der Einzelirma in eine Aktiengesellschaft. In den vergangenen 11 Jahren ist der Personalbestand von 2 Personen auf 9 angestiegen. Acht Jahre später, 1981, übernahmen die drei mitarbeitenden Söhne Benedikt jun., Armin und Rudolf die Firma und Benedikt sen. ging in den verdienten Ruhestand. 1988 verkaufte Benedikt jun. seine Aktienanteile an seine beiden Brüder Armin und Rudolf. 1990 wurde der Betrieb erweitert und das erste Einbrenn-Lackierwerk eingerichtet. Durch die Inbetriebnahme des Einbrennofens konnte die Kapazität deutlich gesteigert und die Kunden schneller bedient werden. Dadurch entstand eine überdurchschnittliche Umsatzsteigerung und die Mächler AG erreichte eine 100%ige Eigenmittelquote. 1999 investierte die Firma erneut und es wurde eine weitere Einbrenn- und Pulverbeschichtungs-Anlage installiert. Der Personalbestand ist inzwischen auf 15 Mitarbeiter gestiegen. Im Jahre 2003 übernahm Rudolf die Aktienanteile von Armin und besitzt somit 100% des Aktienkapitals. Leider mussten wir im gleichen Jahr Abschied nehmen von Benedikt Mächler-Knobel. 2005 verlässt Armin das Unternehmen komplett. Im Jubiläumsjahr 2011 zählt die Mächler AG 20 Mitarbeitende. Zudem ist bereits die 3. Generation, die Söhne Michael und Thomas am Unternehmen beteiligt.

Als kompetenter Fachbetrieb bieten wir Ihnen ein umfangreiches Leistungsangebot. Unser qualifiziertes Team unterstützt Sie gerne bei der Umsetzung Ihrer Wünsche und begleitet Sie auch gerne schon bei der Planung Ihres Projekts. Wir verstehen uns als Partner für Handwerk, private Kunden, Verwaltungen, öffentliche Hand und der Industrie.



Stahlteil vor, während und nach der Oberflächenbehandlung

Unsere Serviceleistungen auf einen Blick:

- **SANDSTRAHLREINIGEN**
- **GLASPERLSTRAHLEN**
- **CHEMISCHES WASCHEN**
- **SPRITZVERZINKEN**
- **PULVERBESCHICHTEN**
- **EINBRENNLACKIEREN**
- **2-KOMPONENTEN NASSLACKSYSTEME**
- **PATINIEREN ANTIK UND MODERN**
- **BESCHICHTUNGS-AUFBAUTEN:
STAHL- UND STAHLWASSERBAU**
- **ALUMINISIEREN**
- **HITZEBESTÄNDIGER FARBANSTRICH**

Ausführung an Stahl- und Aluminium-Teilen bis zu 20 Tonnen

Grösse der Werkteile:

Korrosionsschutz 4.00 x 4.00 x 20.00 m1

Einbrennofen 8.20 x 3.50 x 2.80 m1 (max. 1 Tonne)

Mächler AG
Zürcherstrasse 106
Postfach 266
8852 Altendorf
Tel. 055 442 20 39
Fax 055 442 52 20
maechler-ag@bluewin.ch
www.maechler-altendorf.ch

Grosshandelspreise (Basis Dezember 2010 = 100)

Gesamtangebot

	Jan.	Feb.	März	April	Mai	Juni	Juli	Aug.	Sept.	Okt.	Nov.	Dez.
2009	101,4	100,8	100,3	100,1	99,9	99,8	99,8	99,9	100,1	99,6	99,6	99,7
2010	100,1	99,8	100,3	100,9	101,2	100,8	100,3	100,4	100,4	99,9	99,7	100,0
2011	100,1	100,3	100,7	101,0	100,8	100,3	99,7	98,5	98,4			
¹	-0,1%	+0,5 %	+0,4 %	+0,1 %	-0,4	-0,5	-0,6	-1,9	-2,0			

Produzentenpreise

	Jan.	Feb.	März	April	Mai	Juni	Juli	Aug.	Sept.	Okt.	Nov.	Dez.
2009	101,7	101,0	100,6	100,6	100,3	100,3	100,1	100,1	100,2	99,8	99,7	99,9
2010	100,2	100,0	100,3	100,8	101,0	100,5	100,1	100,3	100,3	100,1	99,7	100,0
2011	100,1	100,0	100,2	100,3	99,9	99,7	99,3	98,5	98,4			

Importpreise

	Jan.	Feb.	März	April	Mai	Juni	Juli	Aug.	Sept.	Okt.	Nov.	Dez.
2009	100,9	100,5	99,7	99,2	98,9	99,0	99,2	99,5	99,8	99,4	99,5	99,5
2010	99,8	99,6	100,3	101,0	101,7	101,2	100,6	100,7	100,4	99,5	99,7	100,0
2011	100,0	100,9	101,9	102,5	102,8	101,6	100,5	98,5	98,2			

Konsumentenpreise (Basis Dezember 2010 = 100)

Totalindex

	Jan.	Feb.	März	April	Mai	Juni	Juli	Aug.	Sept.	Okt.	Nov.	Dez.
2009	98,4	98,6	98,3	99,1	99,3	99,5	98,8	98,9	98,9	99,5	99,7	99,5
2010	99,4	99,5	99,7	100,5	100,4	100,0	99,2	99,2	99,2	99,7	100,0	100,0
2011	99,6	100,0	100,7	100,8	100,8	100,5	99,7	99,4	99,7			
¹	+0,3	+0,5	+1,0	+0,3	+0,4	+0,6	+0,5	+0,2	+0,5			

2008 ²	2009 ²	2010 ²	2011						
			März	April	Mai	Juni	Juli	Aug.	Sept.

Monatsindex (Dezember 2010 = 100)

		2008 ²	2009 ²	2010 ²	2011	2011	2011	2011	2011	2011	2011	2011
		99,5	99,0	99,7	100,7	100,8	100,8	100,5	99,7	99,4	99,7	99,7
Nach Gruppen von Gütern und Dienstleistungen	Totalindex											
	Nahrungsmittel und alkoholfreie Getränke	103	102,8	101,6	99,5	98,6	99,4	99,8	99,0	98,5	97,5	
	Alkoholische Getränke und Tabak	95,6	98,2	99,4	101,6	101,5	101,5	101,5	101,5	101,8	97,5	
	Bekleidung und Schuhe	90	92,1	93,2	98,9	100,7	101,3	99,4	87,3	85,7	93,9	
	Wohnen und Energie	98	96,9	99,3	102,1	102,2	101,7	101,6	101,3	101,1	101,5	
	Hausrat und laufende Haushaltsführung	99,7	100,5	100,1	99,4	99,8	99,5	98,8	98,2	97,9	98,9	
	Gesundheitspflege	100,3	100,7	100,4	100,1	100,4	100,4	100,4	100,4	100,2	100,1	
	Verkehr	100,4	97,1	99,4	101,8	102,4	102,8	101,8	100,9	100,5	100,4	
	Nachrichtenübermittlung	106,7	101,5	100,0	100	99,6	99,5	99,6	99,5	100,7	100,7	
	Freizeit und Kultur	103,3	102,7	100,5	98,3	98,3	98,2	97,9	97,5	96,5	96,6	
	Erziehung und Unterricht	96,3	97,8	98,9	100	100	100	100	100	100	100,7	
	Restaurants und Hotels	97,6	99,2	100,1	101,8	101,7	101,6	101,7	101,6	101,6	101,4	
Sonstige Waren und Dienstleistungen	98,4	98,9	100,2	100,4	100,4	100,4	100,3	100,4	100,8	100,3		
Nach Herkunft und Art	Inlandgüter	98,0	99,2	99,8	100,6	100,6	100,6	100,6	100,5	100,4	100,3	
	Auslandgüter	103,4	98,6	99,4	100,8	101,3	101,3	100,3	97,6	96,6	97,9	
	Waren	101,9	99,1	99,8	100,8	100,9	100,9	100,3	98,4	97,7	98,4	
	Dienstleistungen	97,8	99,0	99,7	100,6	100,7	100,7	100,7	100,6	100,6	100,6	

¹ Veränderungen in Prozenten zum Vorjahresmonat

² Jahresmittel

Die neuesten Zahlen der Grosshandels- und Konsumentenpreise erhalten Sie jederzeit unter <http://www.bfs.admin.ch/bfs/portal/de/index/themen/05.html>

Speditive Dienstleistungen für die Schwyzer KMU

Sozialversicherungen: Kein Buch mit 7 Siegeln

Jeder Betrieb versichert sein Personal in verschiedenen Bereichen. Das ist wichtig – und oft auch eine Crux. Dank modernen Technologien kann die Ausgleichskasse Schwyz den Betrieben im Kanton einfachere Abläufe und ständig verbesserte Dienstleistungen anbieten.

Es ist schon eigenartig: Landauf, landab und über das ganze politische Spektrum wird der Bürokratieabbau gefordert. Zurecht, denn das Moos wuchert munter weiter! Tagtäglich nimmt Verrechtlichung von Gesellschaft und Wirtschaft weiter zu. Datenschutz, Konsumentenschutz, Sozialschutz, Umweltschutz, Rechtsschutz, usw. usf. Alle diese «Schutzmechanismen» haben einen wichtigen Kerngehalt, können aber im Übermass hemmend, ja lähmend wirken. Die Wirtschaft im Kanton Schwyz muss aber im Schuss bleiben! Dafür müssen vor allem auch die staatlichen Dienstleister sorgen. Klar, fachkompetent, speditiv, freundlich und kostengünstig – solche Dienstleistungen erwarten Bürger und KMU, auch von kantonalen Stellen.

Für jeden Betrieb ist die Personaladministration wichtig, sie soll aber möglichst schlank erledigt werden können. Die Ausgleichskasse Schwyz prüft laufend ihre Angebote für die ihr angeschlossenen Unternehmen, damit sie einen noch besseren Service anbieten kann. Wir haben die Zeichen der Zeit erkannt und gehandelt. Nachfolgend seien in Kürze einige konkrete Massnahmen aufgezeigt.

Effizienter und einfacher: PartnerWeb

Über das kostenlose, passwortgeschützte «PartnerWeb» können die Geschäfte papier- und unterschriftslos abgewickelt werden: An- und Abmeldungen von Mitarbeitenden, Bestellung von Versicherungsausweisen, Eröffnung von AHV-Konten, Mutationen bei den Familienzulagen, usw. sind ganz einfach geworden. Dasselbe gilt für alle Lohnmeldungen, da das System an alle gängige Lohnsoftware gekoppelt ist. Zudem verwenden weitere Versicherer aus der 2. Säule, die Unfallversicherung und die Steuerbehörden den Standard.

7x24-Stunden- Informationsplattform

Die Ausgleichskasse Schwyz stellt mit ihrer laufend aktualisierten Internetplattform einen kostenlosen und rund um die Uhr geöffneten online-Schalter zur Verfügung. Neben der klassischen Produktinformation können auch nach Lebenslagen gegliederte Informationen abgerufen werden. Möglichst viele Dienstleistungen wurden der Internetlogik angepasst: Online-Anmeldeformulare, immer die aktuellsten Merkblätter, Online-Rechner weiterführende Links. Besonders Interessierte können auch Hintergrundinformationen zu den Sozialversicherungen herunterladen. Dank einem Newsletter-Tool landen aktuelle Informationen direkt und schnell im elektronischen Briefkasten.

eBusiness / eGovernment / eHealth / eAdministration

Eine Herausforderung auch für die Ausgleichskasse Schwyz als Sozialversicherungsunternehmen ist

die Vielzahl von eBusiness-Ansätzen, -Standards und -Trends. Der national tätige Verein eAHV/IV koordiniert die Initiativen der Ausgleichskassen und IV-Stellen für die elektronische Geschäftsabwicklung, von denen die Ausgleichskasse Schwyz so viele wie (technisch) möglich nutzt. Die Einführung des Zahlungsverkehrs via LSV/DD, der Datenaustausch via SEDEX (secure data exchange) zwischen den Sozialversicherern und den Steuerbehörden, sowie das neue Familienzulagenregister sind Beispiele dafür. Bei den Familienzulagen konnten gerade dank dieser vernetzten Zusammenarbeit mit anderen Partnern die Bearbeitungszeiten um eine ganze Arbeitswoche verkürzt werden. Bis zur nächsten Lohnzahlung muss dem Arbeitgeber der Familienzulagenentscheid vorliegen, das ist unsere interne Devise.

Schnellere Familienzulagenentscheide

Grössere Mobilität im Berufsleben, höhere Kadenz der Stellenwechsel, mehr Frauen in der Erwerbstätigkeit und auch eine höhere Scheidungsrate bringen laufend Mutationen bei den Familienzulagen mit sich. Das bedeutet viel Arbeit für die Firmen und die Familienausgleichskassen. Aber auch hier kann das betriebsinterne Verfahren verschlankt werden: Die Firmen dürfen erwarten, dass der Arbeitnehmer alle notwendigen Unterlagen beibringt und die Anmeldung selber ausfüllt. Ausbildungsbestätigungen, Scheidungsurteile, ausserkantonale oder ausländische Familienzulagenentscheide des (ehemaligen) Ehegatten – all das soll der Arbeitneh-

mer dem oder der Personalverantwortlichen eigenständig liefern. Wenn die Unterlagen vollständig eingereicht werden, kann die Familienausgleichskasse Schwyz in aller Regel innert zwei Wochen den Zulagenentscheid ausfertigen. Rechtzeitig für die nächste Lohnauszahlung also. Der Zugriff auf die amtlichen Personaldaten sowie auf das neue nationale Familienzulagenregister macht den Ablauf schnell und effizient. Den Arbeitgebern ist auf jeden Fall abzuraten, Familienzulagen ohne einen entsprechenden Entscheid der Familienausgleichskasse auszuführen. So können Nachzahlungen und Rückforderungen einfach und wirksam verhindert werden. Lieber einen Monat später richtig auszahlen als einen Monat zu früh und falsch.

Das Persönliche geht nicht verloren

Die elektronischen Wege ersetzen aber den persönlichen Kontakt nicht. Rund 50 Privatkunden kommen an einem Arbeitstag persönlich bei der Ausgleichskasse/IV-Stelle Schwyz an der Rubiswilstrasse 8 in Ibach vorbei. Pflegefinanzierung, Ergänzungsleistungen, IV-Leistungen, Hilflosenentschädigungen – diese Produkte können am besten eins zu eins besprochen werden. Die persönliche und vor allem verbindliche Beratung ist und bleibt wichtig. Das gilt auch für die Firmenkunden: Betriebe, die mit der Ausgleichskasse Schwyz die Sozialversicherungsbeiträge abrechnen, dürfen «wasserdichte», sprich rechtsverbindliche Antworten erwarten. Die Erfahrung zeigt, dass viele Streitfragen schon frühzeitig im persönlichen Gespräch gelöst werden können. Vorher

besprechen und schriftlich vereinbaren ist schneller und billiger, als nicht fragen und nachher teure Treuhand- und Anwaltsstunden zahlen müssen. Gerade im internationalen Kontext gilt es, Regeln der Versicherungsunterstellung und der Koordination zu beachten. Die Unternehmen können unnötig teure Abenteuer verhindern, wenn sie die Abklärungen frühzeitig bei der Ausgleichskasse Schwyz machen.

Alle Informationen für das kommende Jahr

Immer auf das neue Kalenderjahr sehen sich die KMU einem wahren Tsunami an neuen Regeln, Beibragsätzen und Abläufen ausgesetzt. Wer hier gut aufgestellt ist, kommt gerade in der hektischen Jahresabrechnungszeit nicht ins Rudern. Die Ausgleichskasse Schwyz bietet deshalb den Firmen, die bei ihr die Sozialversicherungen abrechnen, kostenlose Informationsabende an. Am Montag, 21.

November 2011, im Mythenforum in Schwyz und am Montag, 28. November 2011, im Seedamm Plaza in Pfäffikon, jeweils um 17 Uhr. Die Anmeldung kann via karin.schuler@aksz.ch erfolgen.

Komplexes Geschäft – einfacher Zugang

Jede Personalfachfrau eines Betriebs und jeder Kleinunternehmer wird nun einwenden, dass die ganze Abwicklung der Personalversicherungen eben doch komplex ist. Von den Regeln und ihren Ausnahmen ganz zu schweigen. Man stolpert ja nur schon über die Kürzel AHV, ALV, BVG, EL, EO, FAK, IPV, IV! Genau hier setzt das Geschäftsmodell der Ausgleichskasse/IV-Stelle Schwyz an. Der Bevölkerung und der Wirtschaft des Kantons Schwyz soll ein Kompetenzzentrum für Sozialversicherungen zur Verfügung stehen. Die Bündelung von Fach- und Entscheidungskompetenz ist die Grundlage für einen speditiven Service.

Tipps für KMU

- Nutzen Sie für Ihre Lohnbuchhaltung die gängigen Software-Lösungen. Abrechnungen werden so sicher und schnell hergestellt.
- Melden Sie sich unter www.aksz.ch für die kostenlose Nutzung des PartnerWeb an.
- Nutzen Sie die interaktiven Formulare unter www.aksz.ch.
- Verlangen Sie von Ihren Arbeitnehmenden, dass sie alle notwendigen Unterlagen für die Familienzulagen selber beschaffen.
- Rufen Sie besser vorher an, als sich später zu ärgern.
- Bei unklaren Sachverhalten von grosser finanzieller Bedeutung empfiehlt sich eine vorgängige Kontaktaufnahme. So können kostenlos Klarheit geschaffen und spätere Streitkosten und Rückabwicklungen verhindert werden.

Andreas Dummermuth, lic. iur.,
Master of Public Administration
Geschäftsleiter der Ausgleichskasse/IV-Stelle Schwyz

Generalversammlung des H + I des Kantons Schwyz

Am Mittwoch, 23. November 2011, ab ca. 16.15 bis 21.30 Uhr lädt der H + I seine Mitglieder zur Generalversammlung ein. Es ist uns eine grosse Ehre Herrn Martin Neff, Chefökonom der Credit Suisse, an der diesjährigen GV als Referenten begrüßen zu dürfen.

Die Generalversammlung findet im Mythenforum in 6430 Schwyz statt. Wir bitten Sie, diesen Termin vorsorglich zu reservieren; die Einladungen werden erst später versandt.

Diese Ausgabe wird gesponsert von
**Mächler AG, Sandstrahl-, Metallspritz-
und Einbrennlackierwerk**
Zürcherstrasse 106, 8852 Altendorf

Nr.	Datum	Sponsor	Nr.	Datum	Sponsor
424	24.02.2011	PPS Polyvalent PatentService AG, Bahnhofstrasse 12, 6403 Küssnacht am Rigi	431	27.10.2011	Mächler AG, Sandstrahl-, Metallspritz- und Einbrennlackierwerk, Zürcherstrasse 106, 8852 Altendorf
425	29.03.2011	Beat Föhn AG, Plattenbeläge Gätzlistrasse 2, 6440 Brunnen	432	24.11.2011	A. Betschart Söhne AG, Transport und Heizöl, Schwyzerstrasse 19, 6440 Brunnen
426	28.04.2011	Arthur Weber AG, Wintersried 7, 6423 Seewen	433	15.12.2011	ROESLE FRICK & PARTNER Rechtsanwälte und Urkundspersonen, Zürich und Pfäffikon/SZ
427	26.05.2011	Glasmanufaktur Buttikon AG, Glashandel, Kantonsstrasse 41, 8863 Buttikon	434	21.01.2012	PVA AG, Böden Holzwerkstoffe, Talstrasse 8, 8852 Altendorf
428	23.06.2011	Schwyzer Kantonalbank, Bahnhofstrasse 3, 6431 Schwyz	435	23.02.2012	Sparkasse Schwyz, 6431 Schwyz
429	25.08.2011	Lütze, Elektronik Elektrotechnik, Oststrasse 2, 8854 Siebnen	436	29.03.2012	Mythen Center Schwyz, Mythencenterstrasse 15, 6438 Ibach
430	29.09.2011	Mattig-Suter und Partner Schwyz, Treuhand- und Revisionsgesellschaft, Bahnhofstrasse 28, 6431 Schwyz	437	26.04.2012	A. Tschümperlin AG, Baustoffe, Oberneuhofstrasse 5, 6340 Baar
			438	24.05.2012	Victorinox AG, Schmiedgasse 57, 6438 Ibach